

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.  
Fennruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meichen.

Postkontos: Dresden 1530  
Kontokasse Rieser Nr. 52.

Nr. 179.

Dienstag, 4. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, feste Tarife. Die Konfektion wird erst nach dem Betrag der Abrechnung eingezogen werden und der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. K. Teichgraber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Deutscher Reichstag.

von Berlin, 3. August.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung, über die wir gestern teilweise schon berichteten, wurden die Abstimmungen vorgenommen.

Die Bestimmungen über die Kapitalverkehrssteuer und die Wechselsteuer werden unverändert angenommen.

Bei der Grundwerbsteuer wird ein Antrag Behrens (Dnati.) einstimmig angenommen, der den Grundwerb durch Anhalten der öffentlichen Wohlfahrtspflege von der Umsatzsteuer befreit.

Bei der Umsatzsteuer wird der Antrag auf Befreiung der Handelsvertreter mit 205 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Freilassung sämtlicher Lebensmittel mit 223 gegen 181 Stimmen und der völkische Antrag auf Freilassung der im Inlande erzeugten Lebensmittel, sowie der demokratische Antrag zugunsten der freien Veräufe. Die Steuerbefreiung der Konsumgenossenschaften wird mit 233 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Zur Luxussteuer wird ein Antrag angenommen, die hochwertige Dualitätsarbeit zu schonen. Die Aufhebung der Luxussteuer wird abgelehnt.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1% wird mit 205 Stimmen der Regierungsparteien gegen 152 Stimmen der Linken, der Demokraten und der Völkischen abgelehnt. Es bleibt bei 1,25 Prozent für die allgemeine Umsatzsteuer und 7 1/2 Prozent für die Luxussteuer. Gebilligt wird der Ausschlußbeschluss, daß Länder und Gemeinden keine Herabsetzung der Umsatzsteuer mehr erheben dürfen.

Die Offenlegung der Steuerlisten wird mit 230 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Angenommen mit 222 gegen 98 Stimmen wird der demokratische Antrag, wonach der Veranschlagungsanspruch bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranschlagungsergebnis gewährleistet werden soll.

Der Rest des Verkehrssteuergesetzes wird in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des

### Viersteuergesetzes.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) lehnt die Viersteuer ab. Der Redner fordert die bayerischen Vertreter im Reichstage an, doch endlich Darbe zu bekennen.

Abg. Bachmann (Rom.) lehnt weitere Arbeitslosigkeit als Folgen der Viersteuer voran.

Abg. Fischer-Röll (Dem.) nennt es unerhört, daß man bei dieser Steuer, die bekanntlich zum Ausschluß abgelehnt worden ist, nicht einmal wisse, wie sich die Regierung zu dem neuen Kompromiß stelle.

Abg. Henning (Völk.) bezeichnet das Herumdoktern an der Viersteuer als eine Väterlichkeit ersten Grades. Die Viersteuer müsse überhaupt abgelehnt werden.

Die Abstimmungen über die Viersteuer werden zurückgestellt.

Der Präsident teilt mit, daß die Abstimmung über die kommunifische Beschwerte wegen des Ausschusses der Abg. Hölein und Jadaich am Schluß der Sitzung stattfindet.

Es folgt die zweite Lesung der

### Tabaksteuer.

Abg. Meier-Baden (Soz.) bekämpft besonders die Materialsteuer. Sie würde das Verschwinden der billigeren Zigarettenarten von 3 und 4 Pfennigen zur Folge haben.

80 Prozent aller Zigaretten lägen aber in dieser Preisklasse. Abg. Obendorf (Rom.) stellt fest, daß der Tabak in Deutschland einen Umsatz von einer Milliarde 878 Millionen habe. Davon umliefe man 40 Prozent, nämlich 750 Millionen, als Steuer hereinbringen. Das kennzeichne am besten die verfehlte Steuerpolitik.

Abg. Hühl (Dem.) vermißt sachliche Gründe für die von der Regierung behauptete Notwendigkeit der Tabaksteuererhöhung. Die Regierungsparteien haben sich dem unerhörten Druck des Reichsfinanzministers gefügt.

Abg. Henning (Völk.) hält einen Schutz Zoll für den heimischen Tabak für notwendig, der mindestens 120 Mark betragen müsse.

Nach 9 Uhr wird darauf die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Der Geschäftsordnung gemäß wird dann ohne Aussprache über die inzwischen eingegangenen Beschwerden der Abgeordneten Jadaich und Hölein (Rom.) gegen ihren Ausschluß entschieden. Die Beschwerde des Abg. Hölein wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

### Deutschnationale Interpellation zu der polnischen Ausweisungspolitik.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt: In einseitiger und rücksichtsloser Ausführung der getroffenen Vereinbarungen sowie der Anordnungen des Völkerbundes und der Schiedsgerichte hat die polnische Regierung in den letzten Tagen mehr als 30 000 Deutsche von Haus und Hof vertrieben. Wir fragen die Reichsregierung: Was hat sie getan, um diese Maßnahmen der polnischen Regierung zu verhindern? Was hat sie getan, um die Vertriebenen vor dem bittersten Elend zu bewahren? Was gedenkt sie zu tun, um gegebenenfalls unter Anwendung von Vergeltungsmahnahmen, die deutschen Einwohner Polens gegen weitere derartige brutale und unmenschliche, eines Kulturvolkes unwürdige Zwangsmaßnahmen zu schützen?

## Fertiger Entwurf der Antwort an Deutschland.

Briand reist nach London.

Paris. Die Agentur Havas teilt mit, daß gestern am Canal d'Orly der Entwurf der Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli fertiggestellt worden ist. Außenminister Briand hat die Absicht, sich morgen nach London zu begeben, um mit Chamberlain die Antwortnote zu beraten und den englischen und französischen Entwurf eines Sicherheitspaktes zu prüfen. Der Meinungsaustrausch zwischen Chamberlain und Briand soll nur etwa eine Zeit von 48 Stunden in Anspruch nehmen.

### Meinungsaustrausch wegen Abhaltung einer Konferenz.

Paris. Havas meldet aus Brüssel: „Etolle belge“ veröffentlicht einen Artikel, in dem er mitteilt, er erfahre, daß angeblich diplomatische Verhandlungen zwischen London,

Paris und Brüssel im Gange seien, die darüber aufklären sollten, ob eine Konferenz, an der Deutschland teilnehmen würde, zusammenzutreten soll, um die Frage des Sicherheitspaktes zu erörtern und zu regeln. Das Blatt glaubt, daß die englische und die belgische Regierung dem Zusammentritt einer solchen Konferenz eher günstig seien, während man auf französischer Seite ein gewisses Zögern an den Tag lege. Die Konferenz würde in der zweiten Hälfte des September, also nach der Tagung des Völkerbundes, stattfinden. Diese am 7. September beginnende Tagung würde Chamberlain, Briand und Vandervelde gestalten, ihre Meinungen bezüglich des Sicherheitspaktes austauschen, da sie der Tagung des Völkerbundes persönlich beizuwohnen würden. Man glaube nicht an die Möglichkeit, daß im September bei der Völkerbundstagung in Genf die Frage der Zulassung Deutschlands aufgeworfen werde und man erkenne folglich auch nicht die Notwendigkeit, die geplante Konferenz vor dem Zusammentritt der Völkerbundversammlung einzuberufen.

### Ein Antrag auf Ausweisung aller Polen.

Dem Reichstag ist ein Antrag der völkischen Arbeitsgemeinschaft eingebracht, der die sofortige Unternehmung darüber verlangt, welche Reichs- und Landesbehörden die Verantwortung für die unerhörten Zustände im Schiedsrichter Durchgangslager trifft. Ferner wird der sofortige Ausbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen und die Ausweisung sämtlicher in Deutschland sich aufhaltender Polen gefordert.

### Regierungserklärung über die Ausweisungspolitik.

Wie wir hören, wird Außenminister Dr. Stresemann in einer der nächsten Reichstagsitzungen, außerhalb der Tagesordnung, das Wort ergreifen, um zu dem Ausweisungsentwurf mit Polen Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran werden die Parteien gegen die Maßnahmen der polnischen Regierung Protest erheben.

### Die Länderminister zum Finanzausgleich.

Das Berliner Tageblatt meldet: Die Finanzminister der Länder waren am Sonntag erneut zusammengetreten, um die Möglichkeit einer Umänderung der Aufstellungen des Reiches und der Länder in der Frage des Finanzausgleiches zu erörtern. Zur Debatte stand ein neuer Ausgleichsvorschlag, den der preussische Finanzminister Höpfer als allgemein die Zustimmung der Länderminister. Eine Abordnung, bestehend aus den Finanzministern Preußens, Sachsens, Bayerns und Mecklenburgs, wurde zum Reichsfinanzminister von Schlieffen entsandt. Hier wurde der neue Ausgleichsvorschlag, der den Interessen sowohl des Reiches wie auch der Länder gerecht zu werden verucht, dem Reichsfinanzminister unterbreitet. Finanzminister von Schlieffen erklärte sich zu einer eingehenden Prüfung des Vorschlages bereit. Bereits am Sonntag nachmittags beschäftigte sich das Reichskabinett in einer Sitzung mit dem neuen Entwurf zum Finanzausgleich. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Die Widerstände im Kabinett gegen ein weitergehendes Kompromiß mit den Ländern sind immer noch sehr stark. Die Kabinette der Länder werden ebenfalls sich mit dem neuen Vorschlag zu beschäftigen haben.

### Die Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Der V. U. wußte gestern abend zu berichten, daß zwischen der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden Parteien eine Einigung über die Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer erzielt worden sei. Heute meldet das Blatt, daß ein Kompromiß zwar noch nicht erzielt sei, jedoch bis zur dritten Lesung der Steuerordnung eine Lösung zu erhoffen sei. Das V. U. berichtet, daß Reichsfinanzminister Dr. Luther gestern abend im Reichstag mit Arbeitnehmern und Verbrauchervertretern der Regierungsparteien über die Frage der Ermäßigung bzw. Befreiung der Umsatzsteuer für Lebensmittel eine Besprechung gehabt habe, die jedoch ohne Ergebnis geblieben sei. Die Besprechungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

### Ein neuer Minister der besetzten Gebiete.

Berlin. Wie die Blätter melden, steht die Ernennung des Zentrumsgesandten von Guérard zum Minister der besetzten Gebiete unmittelbar bevor. Abgeordneter von Guérard, der dem rechten Flügel des Zentrums angehört, ist geborener Rheinländer und verliert über enge Beziehungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie. Wie wir hören, hat die Zentrumsfraktion Herrn von Guérard als Ministerkandidaten nominiert, nachdem der frühere Reichskanzler Dr. Marx und der rheinische Zentrumsgesandte Dr. Kaas eine Berufung in das Reichskabinett abgelehnt haben.

### Weitere Einschränkung der interalliierten Ueberwachungskommission.

Berlin. Die interalliierte Ueberwachungskommission ist zum 1. August neuerlich um 30 Offiziere vermindert worden, sodass ihr derzeitiger Bestand rund 70 Offiziere be-

trägt. Ursprünglich betrug die Zahl der Offiziere über 800. Im Laufe der Zeit wurde diese Zahl immer weiter abgebaut. Die jüngste Verminderung ist darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Distriktkommissionen im Reich vollständig aufgelöst wurden, da die Vorkontrollkommission ihre Aufgabe als erfüllt ansehen hat.

In Kreisen der Ueberwachungskommission wird verächtet, daß den noch hier befindlichen Offizieren für den Herbst von ihren Regierungen eine andere Verwendung in Aussicht gestellt ist, woraus hervorgeht, daß auch die alliierten Regierungen sich darüber einig sind, die Kommission im Herbst aus Deutschland verschwinden zu lassen. Eine Vertagung dieser Tatsache ist auch darin zu sehen, daß der am 31. Dezember 1925 ablaufende Mietskontrakt für das Hotel Bellevue, in dem die Kommission bekanntlich untergebracht ist, nicht verlängert wurde. Der Chef der interalliierten Kommission, General Walsh, hat sich dieser Tage nach Paris begeben, um dort über seine Berliner Besprechungen, über die Abrüstungsnote, Bericht zu erstatten.

### Die Verhandlungen der deutsch-französischen Industriellen.

Aus Offen meldet die „Frankfurter Zeitung“: Ueber die angeblich abgebrochenen Verhandlungen der deutsch-französischen Industriellen sind unrichtige Meldungen verbreitet worden, nach denen von den deutschen Vertretern eine Abtastung an die französische Industrie ergangen sein soll. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die deutschen Industriellen vor der bekanntlich ursprünglich für Ende Juli in Paris vorgesehene neuen Zusammenkunft schriftlich vorgeschlagen haben, vor der Weiterberatung der Einzelheiten des Luxemburger Abkommens, über das man sich ja grundsätzlich einig war, zunächst die wichtige Frage der Einschränkung aller europäischen Eisenindustrien zu behandeln, um das Problem einer generellen Produktionsregelung in allen Staaten Westeuropas zu klären. Bekanntlich hatte die deutsche Industrie ihre Zustimmung zum Luxemburger Abkommen von der Bedingung abhängig gemacht, daß innerhalb 6 Monate nach Inkrafttreten des beabsichtigten Abkommens eine Kontingentierung der eisenhaltenden Industrien in Frankreich und Belgien durchgeführt werden müsse. Infolge ihrer durch die Frankfurter Bewegung günstigen Konjunkturverhältnisse, hat die französische Industrie hieran zurzeit wenig Interesse, da sie den Zwang zur Einschränkung ihrer Produktion befürchtet. Dementsprechend bezogenen die französischen Industriellen diese Frage als nicht aktuell. Sie wünschten eine Verschiebung der Debatte. Auf diesen Brief ist nun eine Antwort der deutschen Industrievertreter abgegangen, in der diese ihren Standpunkt erneut darlegen, der dahin geht, zunächst die Frage des Generalabkommens zu klären und die Besprechungen des Luxemburger Abkommens bis zur Uebernahme der amtlichen Handelsvertragsverhandlungen zurückzustellen. Es wird erwartet, daß nach weiterer Klärung der beiderseitigen Meinungen durch schriftlichen Gedankenaustausch in absehbarer Zeit wieder eine persönliche Zusammenkunft der Industrievertreter beider Länder stattfinden wird.

### Rußlands Haltung in der Schuldenfrage.

Paris. Die Journale industrielle erfährt von einer über russische Angelegenheiten besonders gut unterrichteten Persönlichkeit, daß es wahr ist, daß Vorkontrollrat Kraffin während seines Aufenthalts in Moskau die Volkskommission von der Notwendigkeit überseuert hat, die Haltung bei der Regelung der Schuldenfrage zu ändern. Kraffin hat jedoch keine konkreten Vorschläge überbracht, wie man dies in einigen englischen Blättern behauptet, sondern einfach angefündigt, daß sich ein Umkehrung der Meinung in einiger Zeit vollziehen werde, wodurch eine teilweise Lösung der Schuldenfrage möglich wäre. Das einzige Ergebnis das erzielt worden sei, sei, daß Rußland seine scharfe Haltung aufzugeben hat, um anzudeuten, daß es den Wunsch habe, auf möglichst billige Weise zu einer Verständigung in der Schuldenfrage zu gelangen. Aber man erwartet in Paris nun Vorschläge in dem Maße, in dem die Societs glauben, damit ihren eigenen Bedürfnissen dienen zu können.